Wahlprüfsteine für die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz am 13. März 2016

	Befürworten Sie eine generelle Regelung, nach der Bildungsmaterialien, deren Erstellung aus öffentlichen Mittel (ko)finanziert wurde, nach den Grundsätzen der Open Definition der Allgemeinheit frei zugänglich gemacht werden sollen?	Welche Maßnahmen halten Sie für geeignet, um den Zugang aller Menschen zu freien Bildungsmaterialien zu gewährleisten?	Inwieweit wollen Sie öffentlich finanzierte Angestellte im Bildungswesen dazu verpflichten, die von Ihnen im Rahmen Ihrer beruflichen Tätigkeit erstellten Inhalte unter einer Freien Lizenz zu veröffentlichen?	Was möchten Sie konkret in der kommenden Legislaturperiode zur Verbesserung des Zugangs zu Bildungsmaterialien unternehmen?	Sehen Sie bestimmte Lizenzen, die in Ihrem Land als Standard oder Empfehlung für Open Educational Resources gelten sollten?	
Baden-Württemberg						
Bündnis 90/ Die Grünen	- ganz oder weitgehend öffentlich finanzierte Bildungsmaterialien der Allgemeinheit frei zugänglich machen- Einsatz freier Lern- und Lehrmaterialien an den Schulen stärken	identifiziert drei Zielgruppen:1. Bildungseinrichtungen, Lehrerinnen und Lehrer (Ausnahme Selbstlernmaterialien/ Online-Kurse)2. Schüler*innen und Studierende3. Bevölkerung insgesamtFokus liegt zunächst auf Zielgruppen 1 und 2 – etwa beim Ausbau des Angebots beim Landesmedienzentrum	- gegen automatische Veröffentlichungspflicht für jeden im Rahmen der beruflichen Tätigkeit erstellten Inhalt - stattdessen: Prüfung von auf öffentlichen Servern bereitgestellte Materialien hinsichtlich Qualität und urheberrechtlicher Unbedenklichkeit (hier ist mit Kosten zu rechnen)	- Weiterentwicklung der Angebote und Infrastrukturen des Landesmedienzentrums - OER Informationskampagnen an Schulen, in Lehrerfortbildungen und im Rahmen der Lehrerbildung an Hochschulen /Seminaren - Einsatz für bundesweit einheitliche Standards im Rahmen der Kultusministerkonferenz - Gespräche mit kommerziellen Anbietern von Bildungsmaterialien (Bsp. Schulbuchverlage) über Weiterentwicklung ihrer Geschäftsmodelle	- Baukastensystem von Creative Commons bietet gute Grundlage für die rechtssichere Lizenzierung von OER - ausschlaggebend ist möglichst weitgehende Offenheit	
Die Linke	- für eine generelle Regelung, nach der Bildungsmaterialien, deren Erstellung aus mindestens 50% aus öffentlichen Mitteln (ko-)finanziert wurde, nach den Grundsätzen der Open Definition der Allgemeinheit frei zugänglich zu machen ist- hat eine Bildungs- und Wissenschaftsschranke im Urheberrecht im Bundestag beantragt	- fordert umfassende OER-Strategie: u.a. weniger Geld für restriktiv zensierte Lizenzen, mehr Mittel für OER - Abhängigkeit von klassischen Schulbuchverlagen mit Hilfe von OER überwinden - bemängelt fehlende effektive Vernetzung der beteiligten OER Akteure, fehlende strukturierte Aufarbeitung der OER, fehlende Abstimmung der OER Initiativen mit den Kultusministern- sehen Unsicherheit der OER Zielgruppen in urheberrechtlichen Fragen und Aufwand, selbst erstellte Materialien Dritten zugänglich zu machen - bildungspolitischen Wert von OER in öffentlicher Wahrnehmung stärken- Internetzugang als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Gemeindeordnung verankern	- generelle Verpflichtung würde an der Wissenschaftsfreiheit scheitern- öffentlich finanzierte Angestellte im Bildungswesen ermutigen, Inhalte unter einer freien Lizenz zu veröffentlichen	- siehe Antwort auf Frage 2- Bund muss Länder finanziell unterstützen (Aufhebung Kooperationsverbot)	- Es gibt eine Vielzahl von offenen Lizenzen wie Creative Commons oder GNU General Public License - dauerhaft eine einheitliche Lizensierung anstreben	
Die PARTEI	Nachdem die PARTEI ihre Einverständniserklärung abgegeben hat und überprüft hat, dass die Bildungsmaterialen im Einklang mit den Forderungen der PARTEI steht, sollen diese der Allgemeinheit frei zugängig gemacht werden.	Die PARTEI bietet jedem Bürger an, www.google.de als Startseite in seinem Browser einzurichten. Außerdem werden wir das Privatfernsehen abschaffen. Leseübungen sollen ab der ersten Klasse verpflichtend werden.	Öffentlich finanzierte Angestellte werden durch Androhung echter Arbeit zu dieser Maßnahme verpflichtet. Dann liegt es in ihrem eigenen Ermessen.	Nach unserem Wahlsieg wird jeder Bürger ein staatlich finanziertes TITANIC-Abo erhalten. Da dies das uns einzig bekannte Faktenmagazin ist, sollte das reichen, um den Zugang zu Bildung zu ermöglichen.	Wichtig ist uns nur, dass diese Lizenzen von der einzig vertrauenswürdigen Partei, der PARTEI, bereitgestellt werden. Jeder, der diese nutzen möchte, kann sie bei uns käuflich erwerben.	
FDP	- Freier Zugang sei erstrebenswert - öffentlich Verdienstete sollen ihr Urheberrecht behalten	- Zweitveröffentlichungsrecht (ähnlich zu Open Access) für hochschullehrende - Mittel für Plattform für zweitveröffentlichungen muss das Land bereit stellen	- Bildungscloud soll die Antworten bieten (http://osb-alliance.de/working-groups/projekte/bildungscloud-baden-wuerttemberg) - Vergütungssystem für Autoren - es wird nur von digitaler Bildung gesprochen - Plattform existiert noch nicht, Fundraising ist geplant	- mehr Werbung für Bildungscloud - geschützte Räume für digitalen Unterricht - soll offene Plattform sein	- kein Standard vorgeben - wäre Widerspruch - verbietet sich aus ordnungspolitischen Gründen	
Piratenpartei	- Was öffentlich finanziert wurde, muss allen zugänglich sein	- Praktische Umsetzungsvorschläge müssen noch erarbeitet werden.	- keine explizite Verpflichtung, ergibt sich nur implizit aus der öffentlichen Finanzierung ihrer Arbeit	- streben die generelle Kostenfreiheit im Bildungssystem an, umfasst auch Lehr- und Lernmaterialien	- definieren keine bestimmten Lizenzen vorab als Standard	
SPD	- OER in Bildungssystem integrieren, hierfür umfassende OER-Strategie entwickeln, um die didaktischen Möglichkeiten mittels freier Lizenzen und Formate zu nutzen - solche Materialien müssen wirklich offen und nicht an bestimmte Plattformen gebunden sein- zuerst höhere Akzeptanz und Anwendung von OER erreichen, dann entsprechende Grundsätze definieren und etablieren	- Einrichtung von Koordinierungsstellen, die Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen beim Umgang mit OER beraten und unterstützen- Sensibilisierung der Lehrenden zu dem Thema- Schaffung von Anreizsystemen bei flächendeckender Etablierung von OER - Informationen über Inhalte und pädagogische Nutzungsmöglichkeiten z.B. auf dem Landesbildungsserver, in Kreismedienzentren, in Hochschulbibliotheken und anderen Medienzentren- auf Bearbeitbarkeit der OER durch frei verfügbare Werkzeuge achten	- eine Verpflichtung, beruflich erstellte Inhalte als OER zu veröffentlichen, kann zu Konflikten führen- das laufende Projekt „MappingOER" der Bundesregierung soll Klarheit schaffen- Urheberrecht modernisieren und weiterentwickeln und umfassende Open-Access-Politik schaffen- durch unabdingbares Zweitverwertungsrecht den freien Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen im Internet systematisch fördern und ausbauen	- eindeutige Absicherung der Rechtsfragen Siehe Frage 2	- Lizenzen von Creative Commons (CC) sind im deutschsprachigen Raum Quasi-Standards für OER- viele weitere freie Lizenzmodelle sind untereinander nicht kompatibel - empfehlen deshalb die CC-Lizenzen mit dem Ziel größtmöglicher Kompatibilität	
Alternative für Deutschland	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	
Allianz für Fortschritt und Aufbruch	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	
CDU	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	
Partei Mensch Umwelt Tierschutz	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	

Sachsen-Anhalt						
FDP	- komplett aus öffentlichen Mitteln finanzierte Bildungsmaterialien können für Allgemeinheit geöffnet werden - Bei einer Ko-Finanzierung sind auch Rechte anderer betroffen, durch Vertragsgestaltung zu klären - für eine enge Zusammenarbeit von BMBF und Kultusministerkonferenz	- Aufbau/ Erweiterung bestehender Digitaler Bibliotheken vergleichbar mit Wikipedia, primär durch private Mittel finanziert und möglichst von privaten Unterstützern, Lehrinnen und Lehrern bzw. Schülerinnen und Schüler betreut - Zugang zum schnellen Internet durch umfassenden Breitbandausbau	- lehnen Veröffentlichungspflicht ab- wenn arbeitnehmer veröffentlichen will soll er dürfen (auch frei lizensiert)	- erhöhte Sensibilisierung für Urheberrechtsthemen (insb. für § 53 des Urheberrechtsgesetzes) bei der Zusammenstellung eigener Bildungsmaterialien - im Rahmen von Wettbewerben oder regionalen Projekten bzw. in Kooperation mit Bildungsanbietern und anderen Bundesländern OER-Bildungsmaterialien für Sachsen-Anhalt entstehen, ihr Einsatz im Unterricht erprobt und dies wissenschaftlich begleitet wird - der erfolgreiche Einsatz von OER-Materialien und seine rechtlichen Rahmenbedingungen Gegenstand einer kontinuierlichen Befassung im zuständigen Landesinstitut und im Rahmen von Lehrerfortbildungen werden -Standards für Genehmigungs- und Prüfverfahren für digitale Bildungsmaterialien entwickelt werden	- verschiedene Formen der Creative Commons Lizenzen - CC0 – Public Domain (öffentliches Gemeingut) Für die Verwendung in der Schule ist dieses die angenehmste Lizenz, da sie keinerlei Beschränkungen für die Nutzung und Weitergabe auferlegt.	
Die Linke	- unterstützen alle 4 Säulen der Open Definition - haben Mai 2015 bereits einen Antrag im Landtag eingebracht (http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp6/drs/d4088dan.pdf) - Technische Hürden reduzieren	- öffentliches Landesrepositorium auf dem Landesbildungsserver - über einen Wettbewerb besonders gute OER auszuzeichnen - in den Schulen OER mehr thematisieren	- keine Pflicht zum veröffentlichen - wenn sie veröffentlichen und frei verwenden sollten sie frei bleiben - keine explizite Forderung frei zu verwenden!	Siehe Antwort Wahlprüfstein 2	- Pro CC-BY-SA-Lizenz - Contra: NC-Lizenzen ab.	
SPD	- erst genauer mit beschäftigen, besser verstehen bevor es Reglung geben kann. - „MappingOER" soll antworten zur Rechtssicherheit geben. - Danach wird die SPD Sachsen-Anhalt sich dazu positionieren.	- Die Öffentlichkeit, die Bildungsträger, die Lehrkräfte und die Lernenden sind weiter für die Potenziale von freien Bildungsmaterialien zu sensibilisieren. - Bedarfslagen ermitteln - Auswertung der Machbarkeitsstudie zum Aufbau und Betrieb von OER-Infrastrukturen in der Bildung mit einbeziehen. - Die SPD-Landtagsfraktion hat die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur für die digitale Entwicklung gefordert.	- Urheberrechts-Konflikten klären. - „MappingOER" (Potenzialen und Herausforderungen zum Einsatz von OER) soll Klarheit geschaffen werden, inwiefern eine solche Verpflichtung sinnvoll und rechtssicher ist.	- stärkere strukturelle Verankerung der Digitalen Bildung- mehr medienpädagogische Kompetenzen- Verfügbarkeit von offenen Lehr- und Lernmaterialien. - emuTUBE ist zu einem Mitmachportal weiter zu entwickeln, - Lehrer sollen eigene Unterrichtsmaterialien für andere Fachkollegen zur Nutzung anbieten.	- CC by- CC by-sa / GNU - Lizenz. - CC 0 (Null)	
AfD	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	
Allianz für Fortschritt und Aufbruch	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	
Bündnis 90/ Die Grünen	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	
CDU	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	
Freie Wähler	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	
Magdeburger Gartenpartei	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	
NPD	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	
Tierschutzpartei	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	
Rheinland-Pfalz						
Bündnis 90/ Die Grünen	- was von Steuern bezahlt ist, muss Bürgern unter freier Lizenz zugänglich sein - Prinzipien wie OpenAccess in Bezug auf wissenschaftliche Inhalte stärken - Wissensmonopole aufbrechen - Nutzbarkeit entsprechender Inhalte unterstützen. - flächendeckende Partizipation an öffentlichen Bildungsgütern - Bildung fördert gesellschaftlicher Teilhabe und muss allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen zur Verfügung stehen. - Schüler*innen und Lehrer*innen sollen Unterrichtsmaterialien auch gemeinsam entwickeln - Der digitale Bildungsraum muss sich offen gestalten, nicht auf wenige (meist kommerzielle) Anbieter reduzieren	- kostenfrei Software und Medien zur Verfügung gestellt, die von allen Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern genutzt werden können.- über 300 Schulen sowie Studienseminare nutzen moodle@RLP. - Schulen wurden für ihre internetgestützte Zusammenarbeit über eTwinning ausgezeichnet. - weiterhin für Maßnahmen einsetzen, die allen Bevölkerungsgruppen den Zugang zu Bildungsmaterialien erleichtern.	- Open Access und Open Data im Wissenschaftsbereich unterstützen (c.f Bundestagsdrucksache 17/7031).- unabdingbares Zweitveröffentlichungsrecht für alle wissenschaftlichen Beiträge die aus mit öffentlichen Mitteln finanzierten Lehr- und Forschungstätigkeiten entstanden sind.- „grüner Weg" des Open Access- Werke sollen formatgleich nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten bei Periodika und zwölf Monaten bei Sammelbänden seit der Erstveröffentlichung frei zugänglich gemacht werden dürfen	- frei zugänglichen BildungsServer stärken- Verwendung von freier und Open-Source-Software in Schulen, Hochschulen und Kommunalverwaltungen fördern. - Quasi-Monopole von Computer-Plattformen und Standardsoftware im öffentlichen Bereich durchbrechen. - Nicht-diskriminierende Ausschreibungsbedingungen setzen.- Staatlich beauftragte Neuentwicklungen von Software werden wir quelloffen realisieren und kollaborative Weiterentwicklung fördern.	- keine bestimmte Lizenz empfehlen.- Weit verbreitet und etabliert sind Creative Commons oder GNU	Berufen sich mehr auf vergangene Regierungserfolge

FDP	- Bildung ist ein Bürgerrecht und die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. - kostenfreie Bildung, das umfasst nach Möglichkeit auch die Bildungsmaterialien.	- Der Zugang zu Bildung sollte, wo immer möglich, kostenfrei sein. - In Internationaler Zusammenarbeit sollte der Zugang zu freier Bildung gefördert werden	- geistige Leistung muss angemessen honoriert werden - Verpflichtung zu einer Veröffentlichung unter einer Freien Lizenz kann zum Gegenstand eines Arbeitsvertrages gemacht werden. - klare Regelungen für die Honorierung entsprechender Leistungen enthalten	- Komunen müssen besser finanziert werden- Finanziell gut ausgestattete Kommunen sind die Voraussetzung für einen Zugang zu freien Bildungsmaterialien.	- Zugang zu freien Bildungsmaterialien soll in Deutschland eine höhere politische Priorität eingeräumt werden - Kostenfreie Bildung wird durch teure Bildungsmaterialien konterkariert.	Verstehen Freie bildung nicht im Sinne von Freiheit sondern nur im Sinne von kostenlos. Schätzen den Wert von geistigem Eigentum.
Freie Wähler	- öffentlich finanzierte Bildungsmaterialien sollen der Allgemeinheit ohne Einschränkungen zur Verfügung stehen- detaillierte Klärung der rechtlichen Situation notwendig, um beispielsweise Konflikte mit dem § 52a UrhG auszuschließen.	- Bibliotheken (gerne auch digital) - Netzausbau erweitern - Betreuung und Beratungsleistungen schaffen	- soll jeder selbst entscheiden - Qualitätssicherung ist wichtig - Pflicht ist schlecht, führt zu "Akademischen Müll"	- individuelle Bildung und Betreung - Zugang ermöglichen - one size fits all nicht zielführend - Qualitätsstandards, zertifizierung und Bedürfnisse in Einklang bringen	- Europa Reglung	
REP	- was (ko) finanziert wurde, muss frei zugänglich sein - Steuern haben es bezahlt, Bürger muss es haben - spezifizieren was Bildungsmaterialien sind, damit klar ist, worüber wir reden	- öffentliche Bereitstellung freier Werke durch Bildungseinrichtungen - Bildungseinrichtungen brauchen Internetzugänge, Bibliotheken, Lesesäle - Vorbild Deutsche Nationalbibliothek - Barrierefreiheit für jeden Staatsbürger zugänglich	- im Arbeitsvertrag von öffentlich bediensteten sich Nutzungsrechte übertragen lassen - es besteht kein privater Anspruch auf Materialien - was privat erstellt wird, kann auch offen oder privat bleiben	- Staatsgebiet wieder kontrollieren - Turnhallen wieder nutzen, nachdem Asylbewerber sie abgewohnt haben - anschliessend Bibliotheken wie in Punkt 2 ausstatten	- Regierung hat bei Digitalisierung 20 Jahre versagt - können keine Lizenz nennen - Potential in der Open definition	
Piratenpartei	- kostenloser Zugang zu allen Bildungsmaterialien- staatlich finanziert frei und digital	- Verpflichtung zur Veröffentlichung an staatlicher Plattform - Materialien müssen digital ohne den Kauf eines Buchs z. B. auf E-Book-Readern verwendet werden können. - Abhängigkeit von Schulbuchverlagen schrittweise beenden - Die Autorenleistungen, für die jeweilige Erstellung und Aktualisierung, werden hierbei jeweils einmalig durch das Land finanziert - Dauerhafte Vergütung pro Medium entfällt.	- was Staatsdiener erstellen, muss grundsätzlich dem Bürger gehören	- Staat soll Plattform für Qualitätssicherung anbieten - Entlastungsstunden - ins Parlament einziehen	- CC-0- CC-BY-SA	
SPD	- ja . - (OER) sind der Weg, die Angebote der Bildungsverlage zu ergänzen - OER können aus pädagogischer Sicht bei der Aneignung von Wissen einen Mehrwert darstellen und bei der Ausbildung von Kompetenz hilfreich sein.	- Medienportal OMEGA stellt 550 geprüfte kostenfreie Lehr- und Lernmaterialien zur unterrichtlichen Nutzung allen Lehrkräften und Schüler*innen zur Verfügung.- Dieses Angebot weiter ausbauen. - Ein Teil der Materialien sind mit CC-Lizenzen versehen.	- zu komplex um etwas dazu zu sagen- Die Diskussion ist in vollem Gange, auch die Kultusministerkonferenz befasst sich derzeit im Rahmen der Erarbeitung einer digitalen Bildungsstrategie mit diesen Fragestellungen.	- Nachhaltige OER-Initiative benötigt Ressourcen und eine intelligente Steuerung, damit Potenziale zum Tragen kommen.	Siehe Antwort auf Frage 2	
AfD	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	
CDU	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	
Der III. Weg	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	
Die PARTEI	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	
NPD	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	
ÖDP	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	
Die Linke	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	keine Antwort	